

Boykottaufrufe pfeifen Heineken und Carlsberg zurück

Europas größte Brauerei, die niederländische Brauerei Heineken, hat sich nach anhaltenden Protesten und Boykottandrohungen aus Burma zurückgezogen. Heineken investierte 30 Millionen Dollar in eine Braustätte in Burma. Zusammen mit der Firma Fraser & Neave (Singapur) hatte Heineken 60 Prozent an einem Joint-venture mit den Militärs in Burma übernommen. Das erste Bier sollte ab September ausgeliefert werden.

Heineken mußte jedoch Mitte des Jahres im niederländischen Fernsehen einräumen, daß Zwangsarbeit in Burma an der Tagesordnung sei; zwar nicht beim Aufbau der Braustätte selbst, wohl aber beim Bau der Infrastruktur rund um die Bierfabrik. Ein Heineken-Mitarbeiter gab zu, das mit eigenen Augen gesehen zu haben. Nach diesem Bekenntnis drohte ein Boykott in den USA, wo Heineken mit

einem Umsatz von einer Milliarde Dollar das erfolgreichste Importbier ist.

Im Juli kritisierte Aung San Suu Kyi die Firma in einem Interview mit dem NRC Handelsblatt. Darauf entschloß sich das Management zum Verkauf der Anteile an der Braustätte. Der Firmensprecher gab zu, man sei von der öffentlichen Meinung in die Enge getrieben worden. Dennoch sei der Rückzug kein politischer, sondern ein rein geschäftlicher. Man habe in Burma eine Vorbildfunktion ausüben wollen; Heineken habe geplant, die Arbeitnehmer besser zu behandeln und besser zu bezahlen. Recherchen des Handelsblatts hatten allerdings ergeben, daß keineswegs bessere Gehälter gezahlt worden seien, sondern ortsübliche: 200 Kyat oder 2,25 Mark am Tag.

Kurz vor Heineken hatte sich bereits die dänische Bierfirma Carlsberg nach Protesten und

Boykottaufrufen des Danish Burmese Committee aus Burma zurückgezogen. Die Firmensprecherin sagte, Carlsberg sei offen für Kritik bezüglich der Situation in Burma und setze sich für Demokratie in Burma ein.

Menschenrechtsorganisationen begrüßten den Rückzug der Firmen. Die Aktionen gegen die Militärs nähmen die gleichen Formen an wie einst gegen die Regierung Südafrikas. Erstmals sei es gelungen, nicht nur US-amerikanische und kanadische Firmen zum Rückzug zu bewegen, sondern auch europäische.

Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) reagierte mit einem Importverbot der beiden Biermarken. Der Rückzug der beiden Biermarken aus den Joint-ventures sei in Zusammenhang mit bössartigen Kampagnen von Organisationen im In- und Ausland zu sehen. Er kündigte an, daß die Getränke beschlagnahmt würden, sollten

sie in Geschäften und Restaurants angeboten werden. Der SLORC appellierte an die Öffentlichkeit, die beiden Biermarken aus nationalem Pflichtgefühl zu boykottieren.

Die burmesischen Unternehmer setzen derweil verstärkt auf asiatische Partner. Der Inhaber der Myanmar Golden Star Group, Thein Tun, hofft, daß die malaysische Asia-Euro-Brewery für Carlsberg einspringt. Firmen aus asiatischen Ländern würden bei Geschäftsplänen in Burma von ihren Regierungen unterstützt, so Thein Tun. Druck auf Investoren funktioniere zwar in den USA und Europa, in Asien gäbe es dieses Problem nicht.

Auch die singapurische Firma Fraser & Neave plant, die durch Heineken entstandene Lücke zu füllen. Fraser & Neave produziert die bekannte Marke Tiger Beer.

vgl. IRRAWADDY Vol. 4, No. 12, 30.6.96; TAZ 13./14.7.96; FEER 25.7.96; MDA 7.8.96

Burma erhält Beobachterstatus

Die Association of South East Asian Nations (ASEAN) hat im Juli bei ihrem 29. Ministertreffen in Jakarta Burma formell den Beobachterstatus zuerkannt. Burma war bislang zwar zu den Treffen der ASEAN eingeladen worden, hatte aber keinen offiziellen Status. Mit Erlangen des Beobachterstatus scheint der Weg für eine vollständige Mitgliedschaft, die für 1998 avisiert ist, geebnet.

Der burmesische Außenminister U Ohn Gyaw äußerte sich zufrieden: "Ich fühle mich unter Freunden. Es ist ein Wunsch Burmas, sehr eng mit ASEAN assoziiert zu sein."

Kritiker in aller Welt halten die Aufnahme in den Staatenverbund für verfrüht. Solange es in Burma keinen Ansatz zur Demokratisierung gebe, sei die Anerkennung als gleichberechtigtes Mitglied das falsche Zeichen.

Professor Kusuma Snitwongse, Politologin an der Chulalongkorn Universität und Direktorin des Institute of Strategic and International Studies in Bangkok, befürcht-

et, daß ASEAN Ansehen und Wirksamkeit unter seinen internationalen Partnern verlieren könnte. ASEAN hätte sich selbst eine Falle gestellt, indem die Gruppe einen Zeitplan für die Aufnahme der möglichen Partner aufgestellt habe, sagte Professor Kusuma.

Die Europäische Union forderte ASEAN erneut auf, die "constructive engagement"-Politik gegenüber Burma zu überdenken. Der Außenminister von Indonesien, Ali Alatas, wies die Einwände der westlichen Staaten mehrmals und deutlich zurück. Die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder liege allein bei der ASEAN-Gemeinschaft. Er erinnerte auch an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Nachbarlandes.

Die EU erwägt nach den Repressionen gegen die NLD (s. SOAI 2/96) und dem Tod des Honorarkonsuls Leo Nichols in einem Gefängnis (s. Nachricht weiter unten) wirtschaftliche Sanktionen gegen das Militärregime in Burma.

Auch die USA äußerten sich kritisch über Burmas Beobachterstatus. Im Senat wurde ein Gesetz erlassen, das Präsident Clinton unter Vorbehalt erlaubt, wirtschaftliche Sanktionen gegen Burma zu erlassen. In Massachusetts wurde ein Gesetz unterzeichnet, welches Firmen sanktioniert, die entweder in Burma investieren, Güter oder Dienstleistungen an den Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) verkaufen oder die Franchise-Partner haben oder Lizenzgeber in Burma sind. Betroffen von dem Gesetz sind rund 140 Firmen, darunter Texaco, Eastman Kodak und Apple Computer. Beides zeigt zwar, daß die USA und auch Europa ernsthafte an einer Änderung der Situation in Burma interessiert sind, kann aber auch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Handel mit Burma deutlich zunimmt.

vgl. FAZ 20.7.96; IRRAWADDY Vol. 4, No. 13, 31.7.96; BPW 23.8.96

Verhandlungen mit der KNU

Die Karen National Union (KNU) und die Militärregierung verhandeln weiter über ein Waffenstillstandsabkommen. Vertreter beider Gruppen trafen sich Ende Juni in Moulmein. Teil der Gespräche war auch der Bau einer Gas-Pipeline von der Andamanischen See nach Thailand, die durch Gebiete der Karen läuft. General Bo Mya, Präsident der KNU, hatte schon im Mai nach einer Gesprächsrunde gesagt, daß noch weitere Treffen folgen müßten, da beide Seiten, wie er einräumte, für den Gegner unannehmbare Forderungen stellten. Der SLORC fordere beispielsweise die vollständige Kapitulation der KNU. Die Vorschläge der KNU finden dagegen bei den Militärs keinen Anklang: landesweiter Waffenstillstand, Freilassung aller politischen Gefangenen und ein politischer Dialog mit der politischen sowie ethnischen Opposition.

TN v. 15.5.96; IRRAWADDY Vol. 4, No. 12, 30.6.96

Investitionen in Burma

Die australische Firma Mandalay Mining Co. hat im Juli drei Abkommen mit der burmesischen Militärregierung unterzeichnet: Mandalay Mining hat damit die Schürfrechte für Mineralienvorkommen in verschiedenen Landesteilen erworben und kann außerdem Studien über die Durchführbarkeit machen. Die Mandalay Mining Co. ist damit die zweite australische Gesellschaft, die in Burma Mineralien abbaut. Im Februar und August 1995 hatte schon die Pacific Arc Exploration zwei entsprechende Verträge mit der Militärregierung abgeschlossen.

Burma wirbt um ausländische Gesellschaften, die die Mineralvorkommen erschließen und abbauen sollen. Bis jetzt sind Firmen aus fünf Ländern aktiv – neben Australien noch Kanada, Singapur, die USA und Thailand. Die ausländischen Investitionen in 28 Projekten im Bergbausektor sollen nach jüngsten amtlichen Statistiken bis Ende Mai 1996 bei mehr als 322 Millionen US-Dollar liegen.

Die israelische Firma Telrad Telecommunications hat ein Übereinkommen mit der staatseigenen burmesischen

Post und Telekommunikationsgesellschaft geschlossen, daß die Ausweitung des digitalen Telefonnetzes vorsieht. Der Vertrag umfaßt vier digitale Fernvermittlungsstellen in Rangun und drei weiteren großen Städten Burmas.

Die BMW AG hat im April einen Vertreter in Burma benannt. Das Unternehmen betreibt zur Zeit einen BMW/Rover Ausstellungsraum sowie ein Service Center in Rangun und will noch in diesem Jahr expandieren. Für 1997 ist eine Verkaufsstelle in Mandalay geplant. In einer Erklärung von BMW heißt es, daß der burmesische Markt von britischen Autos dominiert wird. BMW, inzwischen auch Eigentümer von Land Rover, sieht in Burma "einen potentiell profitablen Markt". Zur Zeit seien 3.000 Land Rover, zum Teil noch aus den 50er Jahren, in Burma in Betrieb. Ende 1995 seien insgesamt 131.953 Autos in Burma registriert gewesen. 1994 habe es 240 Neuzulassungen gegeben; das Jahr darauf 684. BMW erwartet einen jährlichen Anstieg von 14 Prozent auf dem Automarkt.

vgl. MDA 12.7.96, TN 16.6.96,
IRRAWADDY Vol. 4, No. 8-9, 15.4.-
15.5.96

Honorkonsul im Gefängnis gestorben

Leo Nichols, ein enger Freund und Mitarbeiter Aung San Suu Kyis, ist im Juni im Insein-Gefängnis gestorben. Der Anglo-Burmese, der unter anderem als Honorarkonsul für mehrere Staaten, darunter Norwegen und Dänemark, arbeitete, war verhaftet worden, weil er illegal mehrere Fax- und Telefongeräte in seiner Wohnung installiert hatte. Nichols wurde im Mai zu drei Jahren Haft verurteilt.

Die Gefängnis-Behörde gab zu seinem Tod bekannt, daß "ein skandinavischer Konsul in guter gesundheitlicher Verfassung gewesen sei, bevor er im Gefängnis verstarb". Dagegen erklärte Dänemarks Außenminister, Niels Helveg, Nichols schlechter Gesundheitszustand sei allgemein bekannt gewesen, die Regierungen hätten die medizinische Betreuung ihres Konsuls im Gefängnis verlangt. Er bezweifelte die offizielle Version der Todesumstände. Ein Gefäng-

nis-Mitarbeiter, der anonym bleiben wollte, bestätigte, daß Nichols, der Herzbeschwerden hatte und unter Diabetes litt, gelegentlich von einem Gefängnisarzt untersucht wurde. Dänemark, Schweden und Norwegen gaben bekannt, daß Gesandte nach Burma geschickt werden, um die Todesumstände des Honorarkonsuls restlos aufzuklären. Unabhängig voneinander forderten Norwegen, Dänemark, Finnland und die Schweiz die burmesische Regierung auf, sofort eine Untersuchung einzuleiten.

Leo Nichols Sohn William, der in Australien lebt, sagte, sein Vater sei nicht wegen der illegalen Benutzung der Telefone und Faxgeräte verurteilt worden, sondern weil er die Arbeit Aung San Suu Kyis unterstützt habe. Leo Nichols hatte Aung San Suu Kyi ein Auto geliehen, als ihr Hausarrest im Juli 1995 aufgehoben wurde. Aung San Suu Kyi hat bisher nichts zum Tod ihres Förderers erklärt.

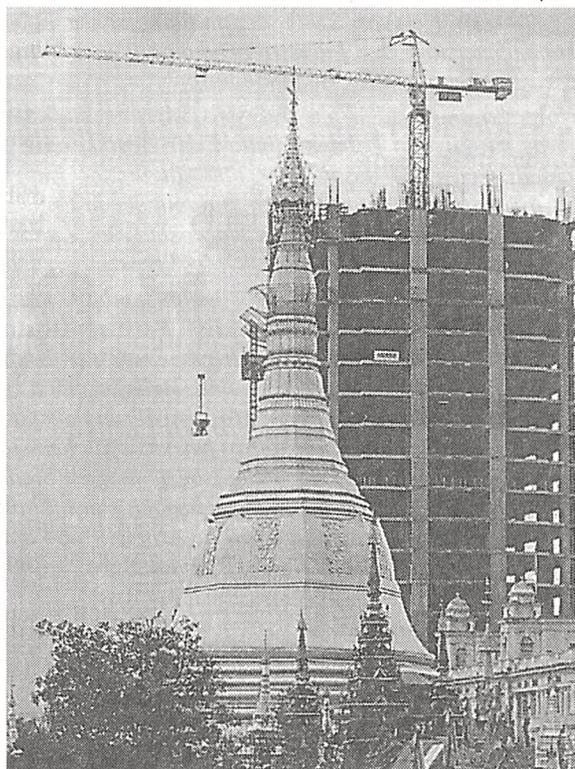
vgl. Irrawaddy Vol. 4, No. 12, 30.6.96;
Burma Issues Vol. 6, No. 5 vom Mai 96

Tourismus

Die Zahl der Touristen, die zwischen April und Juli eingereist sind, soll im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 57 Prozent zugenommen haben, berichtete die staatseigene Zeitung "The New Light of Myanmar". Insgesamt seien in dieser Zeit 46.337 Touristen nach Burma gereist. Zufrieden

ist der burmesische Tourismusminister Kyaw Ba mit den Zahlen jedoch nicht. Verantwortlich machte er die Burma-Berichterstattung der internationalen Medien, die die burmesische Tourismusindustrie hart treffe. Das negative Image, das dort aufgebaut werde, halte viele Menschen von einem Besuch Burmas ab.

vgl. IRRAWADDY Vol. 4, No. 12,
30.6.96; MDA 7.8.96



Neues Hotel mit Aussicht

aus: FEER v. 15.8.96, S. 63

Zukunft Khun Sas weiter ungeklärt

Nachdem die Tatmadaw (burmesische Armee) Anfang des Jahres das Hauptquartier Khun Sas eingenommen hatte und berichtet wurde, daß Khun Sa aufgegeben habe, nachdem die Militärs ihm Zugeständnisse für die Zukunft gemacht hatten (s. SOAI 1/96), ist der Verbleib Khun Sas noch immer ungeklärt. Ein hochrangiger Offizier sagte, Khun Sa befinde sich in einem Sicherheitslager des burmesischen Militärs und erwarte sein Urteil. Alle Gerüchte, etwa daß er in einer Villa am See lebe oder ein Transportunternehmen und eine Mine betreibe, seien falsch. Khun Sa und rund 12.000 Soldaten seiner privaten "Befreiungsarmee" hätten bedingungslos kapituliert.

Berichten zufolge sollen sich noch etwa 2.000 Soldaten aus Khun Sas Armee in den

schwer zugänglichen Bergen im Shan-Staat aufhalten und weiter gegen die Tatmadaw kämpfen. Sie kontrollieren anscheinend auch noch Teile von Khun Sas Drogenetzwerk. Der thailändische Direktor des nördlichen "Narcotic Control Office" sagte, man müsse befürchten, daß die Drogenproduktion sogar zunähme. Ein neues, mit Heroin versetztes Amphetamin sei erstmals aufgetaucht und die "Rebellen" würden die Drogenproduktion auf thailändisches Gebiet verlagern, da die burmesische Armee die Gebiete, in denen vorher produziert wurde, jetzt kontrolliert.

Die Behörden in Thailand rechnen zudem mit einer größeren Zahl ausländischer Drogenkuriere, die versuchen würden, die Lücke zu füllen, die durch Khun Sas Aufgabe entstanden sei.

vgl. TN 9., 11., 14.5.96; BPW 9.8.96